

EINWOHNERGEMEINDE OBERDORF

Einbürgerungsreglement

Die Bürgergemeindeversammlung der Gemeinde Oberdorf, gestützt auf § 26 Absatz 1 des Bürgerrechtsgesetzes vom 21. Januar 1993, beschließt:

## **A) Geltungsbereich**

### **§ 1 Grundsatz**

<sup>1</sup> Dieses Reglement gilt für die Einbürgerung in der Gemeinde Oberdorf.

<sup>2</sup> Die eidgenössischen und kantonalen Bürgerrechtsbestimmungen bleiben vorbehalten.

## **B) Voraussetzungen zur Einbürgerung**

### **§ 2 Wohnsitz**

<sup>1</sup> Die Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht setzt eine ununterbrochene Wohnsitzdauer bis zur Einreichung des Gesuchs voraus.

- a) bei Schweizer Bürgern und Bürgerinnen von 3 Jahren
- b) bei ausländischen Staatsangehörigen von 5 Jahren

<sup>2</sup> Stellen ausländische Ehegatten gemeinsam ein Gesuch und erfüllt der eine die Voraussetzung von Absatz 1, Buchstabe b, so genügt für den andern eine ununterbrochene Wohnsitzdauer bis zur Einreichung des Gesuchs von 3 Jahren, sofern er seit 3 Jahren in ehelicher Gemeinschaft mit dem andern Ehegatten lebt.

<sup>3</sup> Die Fristen von Absatz 2 gelten auch für die Person ausländischer Staatsangehörigkeit, deren Ehegatte bereits das Schweizer Bürgerrecht durch Einbürgerung erworben hat.

<sup>4</sup> Für den eingetragenen Partner eines Schweizer Bürgers oder die eingetragene Partnerin einer Schweizer Bürgerin genügt eine ununterbrochene Wohnsitzdauer bis zur Einreichung des Gesuchs von 3 Jahren, sofern er oder sie seit 3 Jahren in eingetragener Partnerschaft mit dem Schweizer Bürger oder der Schweizer Bürgerin lebt.

<sup>5</sup> Für eingetragene Partnerschaften zwischen ausländischen Staatsangehörigen gelten die Absätze 2 und 3 sinngemäss.

<sup>6</sup> Aus achtenswerten Gründen kann vom Erfordernis des Wohnsitzes oder einer bestimmten Wohnsitzdauer abgesehen werden.

### **§ 3 Eignung**

Die Aufnahme einer Person ausländischer Staatsangehörigkeit in das Gemeindebürgerrecht setzt voraus, dass sie

- a) in die kommunalen, kantonalen und schweizerischen Verhältnisse eingegliedert ist
- b) mit den schweizerischen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen vertraut ist
- c) die schweizerische Demokratie bejaht
- d) genügend Deutschkenntnisse zur Verständigung mit den Menschen in der hiesigen Gesellschaft und zum Verstehen von amtlichen Texten hat

#### **§ 4 Leumund**

Die Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht setzt voraus, dass der Bewerber oder die Bewerberin

- a) einen guten Leumund besitzt
- b) den privaten und öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen nachkommt

### **C) Anspruch auf Einbürgerung**

#### **§ 5 Anspruch**

Ein Anspruch auf die Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht besteht, sofern die Voraussetzungen dieses Reglements erfüllt sind, für:

- a) Schweizer Bürger und Bürgerinnen, deren Stamm seit 30 Jahren in der Gemeinde ansässig ist
- b) den ausländischen Ehegatten einer Person, die das Schweizer Bürgerrecht bereits alleine durch Einbürgerung in der Gemeinde Oberdorf erworben hat

### **D) Verleihung des Ehrenbürgerrechts**

#### **§ 6 Voraussetzung**

<sup>1</sup> Die Bürgerversammlung kann Personen, die sich um das Gemeinwesen besonders verdient gemacht haben, auf Antrag des Gemeinderates das Ehrenbürgerrecht verleihen.

<sup>2</sup> Das Ehrenbürgerrecht kann auch einer Person, die das Gemeindebürgerrecht von Oberdorf bereits besitzt, verliehen werden.

<sup>3</sup> Das Ehrenbürgerrecht wird unentgeltlich verliehen.

### **E) Verfahren**

#### **§ 7 Gesuchseinreichung**

<sup>1</sup> Gesuche von ausländischen Staatsangehörigen um Erteilung der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung sowie des Gemeinde- und Kantonsbürgerrechts sind bei der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion schriftlich einzureichen.

<sup>2</sup> Gesuche von Schweizer Bürgern und Bürgerinnen um Erteilung des Gemeinde- bzw. Kantonsbürgerrechts sind beim Gemeinderat schriftlich einzureichen.

#### **§ 8 Prüfung der Voraussetzung**

<sup>1</sup> Der Gemeinderat prüft hinsichtlich ausländischer Staatsangehöriger die Eignung zur Einbürgerung und teilt innert 6 Wochen seit der Übermittlung des Gesuchs seine Stellungnahme zur Eignung der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion mit.

---

<sup>2</sup> Der Gemeinderat prüft hinsichtlich Schweizer Bürger und Bürgerinnen das Gesuch und übermittelt dieses innert 6 Wochen seit dessen Einreichung mit einem Antrag auf Annahme oder Ablehnung der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion. Ablehnende Anträge sind zu begründen und der um das Bürgerrecht sich bewerbenden Person ist diese Begründung mitzuteilen.

## **§ 9 Abstimmung**

<sup>1</sup> Liegt die Bewilligung der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion zur Bewerbung um das Gemeindebürgerrecht vor, unterbreitet der Gemeinderat das Gesuch um Einbürgerung innert 6 Monaten seit deren Erteilung der Bürgergemeindeversammlung mit einem Antrag auf Annahme oder Ablehnung sowie auf Festsetzung der Gebühr.

<sup>2</sup> Die Bürgergemeindeversammlung entscheidet über das Gesuch und die Gebühr in offener Abstimmung, sofern nicht ein Viertel der anwesenden Stimmberechtigten eine geheime Abstimmung beschliesst.

## **§ 10 Abstimmungsprotokoll**

<sup>1</sup> Der Gemeinderat hat das Abstimmungsprotokoll innert 30 Tagen der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion zu übermitteln und die Höhe sowie die Bezahlung der Gebühr bekannt zu geben.

<sup>2</sup> Der Gemeinderat teilt die rechtswirksamen Einbürgerungen der Bürgergemeindeversammlung mit.

## **F) Gebühren**

### **§ 11 Bemessung und Umfang**

<sup>1</sup> Die Gebühr für die Erteilung des Gemeindebürgerrechts bemisst sich nach dem Verwaltungsaufwand. Sie beträgt für Schweizer Bürger und Bürgerinnen maximal Fr. 1'000.00 und für ausländische Staatsangehörige unter Vorbehalt von Absatz 2 maximal Fr. 2'000.00.

<sup>2</sup> Die Gebühr kann bei ausserordentlich aufwändigen Fällen über den Gebührenrahmen, jedoch um maximal Fr. 1'000.00 erhöht werden.

<sup>3</sup> Die Gebühr ist auch zu entrichten bei:

- a) Nichterteilung des Gemeindebürgerrechts
- b) Nichterteilung der kantonalen oder eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung
- c) Nichterteilung des Kantonsbürgerrechts
- d) Abschreibung des Gesuchs, insbesondere infolge Rückzugs

### **§ 12 Kostenvorschuss und Rechnungsstellung**

<sup>1</sup> Der Gemeinderat kann einen Kostenvorschuss bis zur Höhe der voraussichtlich zu entrichtenden Gebühr erheben. Solange der Kostenvorschuss nicht geleistet ist, wird das Verfahren nicht fortgesetzt.

<sup>2</sup> Die Gebühr wird unter Vorbehalt von Absatz 3 nach der Abstimmung der Bürgergemeindeversammlung in Rechnung gestellt.

<sup>3</sup> Wird das Verfahren zu einem Zeitpunkt beendet, der vor der Abstimmung der Bürgergemeindeversammlung liegt, wird die Gebühr nach Abschluss des Verfahrens in Rechnung gestellt.

### **§ 13 Gebührenerlass**

Die Gebühren können auf Gesuch hin beim Vorliegen besonderer Gründe oder eines finanziellen Härtefalles ganz oder teilweise erlassen werden. Entsprechende Anträge sind auf die Traktandenliste der Bürgergemeindeversammlung zu setzen.

## **G) Schlussbestimmungen**

### **§ 14 Aufhebung bisherigen Rechts, Inkrafttreten**

<sup>1</sup> Das Einbürgerungsreglement vom 11. Dezember 1995 wird aufgehoben.

<sup>2</sup> Das vorliegende Reglement tritt mit der Genehmigung durch die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion in Kraft.

Beschlossen an der Bürgergemeindeversammlung vom 11. Juni 2007.

Die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion hat das Einbürgerungsreglement am 17. August 2007 genehmigt und in Kraft gesetzt.

#### **IM NAMEN DER EINWOHNERGEMEINDE**

Der Präsident:

Der Verwalter:

Karl Rudin

Beat Ermel